



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettizeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Verhandlungen im Steindruckgewerbe

Nach der letzten Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe, die gleichzeitig mit den Tarifverhandlungen geführt wurde, haben auch in den Steindruckbetrieben Lohnforderungen gestellt werden müssen. Da eine reichsstarifliche Regelung für die Steindruckerei-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen fehlt, mußten die Forderungen örtlich und bezirksweise vertreten werden. Es kam, wie es bei dem Verhalten der Steindruckergewerlichen kommen mußte. Meistens hatten die ersten Verhandlungen keinen Erfolg. Unsere Kollegen und Kolleginnen mußten deutlicher werden und den Unternehmern in nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen geben, daß eine Ablehnung der durchaus notwendigen Lohnerhöhungen den Steindruckereibesitzern keinen Vorteil bringen würde. An einigen Orten mußten tatsächlich Kampfmaßnahmen eingeleitet werden, in vereinzelten Fällen haben die Unternehmer sogar eine Arbeitseinstellung des Hilfspersonals provoziert. So gerne Bau- und Hauptleitung einen offenen Konflikt vermeiden hätten, die Herren in den Steindruckereien zwangen sie dazu durch ihre ablehnende völlig unverständliche Haltung.

Die Taktik der Unternehmer im Steindruckgewerbe ist nicht neu, sie versuchen stets, die Verhandlungen hinauszuziehen. Zwecklos wollen sie damit die Stimmung der Personale erkunden; die Vertreter der Steindruckereibesitzer sind nämlich meist der irrigen Ansicht, nur die Gewerkschaftsleitung stelle die „unbilligen“ Forderungen, die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst seien gewiß gar nicht so und wären mit den bestehenden Löhnen sehr zufrieden. Natürlich erleben die Herren dann ihr blaues Wunder. Die Mitglieder schlagen mit Recht in den Verhandlungen einen mächtigen Strich und merken sofort, daß die Unternehmer durch die Verschleppung der Verhandlungen noch ein besonderes Geschäft machen wollen, da bei einer Einigung ein paar Wochen nach dem Abschluß des Lohnabkommens evtl. vor dem Schlichtungsausschuß eine Nachzahlung aus den bekannten gesetzlichen Gründen schwer zu erwirken ist. Dann haben unsere verantwortlichen Funktionäre schwere Mühe, die Kollegen vor unbesonnenen Schritten zurückzuhalten, die am liebsten sofort den Betrieb verlassen wollten. Die Einreichung der Klündigungen, Ablehnung von Ueberstunden, erregte Auseinandersetzungen in den Betrieben klären dann manchmal Unternehmer auf über die Wünsche der Personale. Oft wollen die Mitglieder des Schuhverbandes das forschende Vorgehen ihrer Verhandlungskommission gar nicht, sie wundern sich im Gespräch mit unseren Vertrauensleuten, daß die Unternehmervertreter bei der guten Konjunktur im Gewerbe keine Zugeständnisse in der Entlohnung gemacht hätten.

In fast allen größeren Städten ist es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Steindruckereibesitzern gekommen. Die Gauerwaltung in Leipzig hat sich direkt an die Betriebsinhaber wenden müssen, da sie nicht annehmen konnte, daß die Prinzipale mit der Haltung ihrer Verhandlungskommission sich einverstanden erklären würden. Erst dann kam es zu einer Verständigung. Schwer wurde es dem Steindruckhilfspersonal auch in Dresden gemacht, zu seinem Recht zu kommen. Erst die Beteiligter der Ueberstunden machte die Unternehmer gefügig. In München, das vor einem Streit stand, mußten die Klündigungen ausgesprochen werden. Das bayerische Sozialministerium vermittelte dann und erreichte die Beilegung des Konflikts. Schwere Arbeit hatten unsere Vertreter wieder in Arnberg. Die Unternehmer trieben es soweit, bis das Hilfspersonal auffällig wurde. Der Schlichter sah sich zum Einschreiten gezwungen, ein Schiedspruch schaffte Ruhe. In kleineren Orten, wo sich die Unternehmer stark glaubten, kam es zu Arbeitsunterbrechungen. Unsere Mitglieder hielten vorzeitliche Disziplin. Sie erreichten vollen Erfolg. Vielleicht lernen die betreffenden Unternehmer daraus, dann können sie es das nächste Mal billiger haben. Von einem der Herren ist es das nächste Mal zu bezweifeln. Mit ihm liegt das Hilfspersonal in scharfer Feindschaft und muß fast um jeden Pfennig Lohnerhöhung den Betrieb verlassen.

Ueber die einzelnen Bewegungen in den genannten Großstädten ist in der „Solidarität“ ausführlich berichtet worden. Bekanntgegeben wurden wie üblich auch sämtliche Abschlüsse, die zu Vergleich antraten. Eine eingehende Berichterstattung aus Berlin fehlte bis jetzt noch. Das soll nachgeholt werden.

Sicherlich wird niemand annehmen, daß es am Sitz des Verbandesportrates selbster als an anderen Orten abgegangen ist. Ohne Schlichtungsausschuß kommt es hier selten zu einem Abschluß, vor dem auch im November 1924 das Lohnabkommen abgeschlossen wurde. Ende Februar kam es in Berlin zu neuen Lohnverhandlungen. Natürlich erfolglos. Die Unternehmer hatten sich, wie sie selbst sagten, in einer Versammlung darauf festgelegt, keine Zugeständnisse

zu machen. Ihre Begründung sah so aus: So schlecht wie jetzt sei es in den Betrieben noch nie gegangen, Aufträge ließen nach, die Unternehmer wüßten nicht, wie sie die Arbeit heranzuführen sollten. Ueber die ausländische Konkurrenz wurde geklagt, besonders von Amerika und Italien. In Italien seien die Löhne bedeutend niedriger, in Amerika würden höhere Arbeitsleistungen erzielt. Eine Lohnerhöhung sei deshalb vom Gewerbe nicht zu tragen, obwohl die Gründe für die Lohnforderungen des Hilfspersonals wohl zu verstehen seien.

Als der Ausgang dieser Verhandlung in Berlin bekannt wurde, kam es bei einer Firma, die nur den Mindestlohn zahlt, zu einem Konflikt. Das Personal legte die Arbeit nieder. Die Kollegen und Kolleginnen waren stets mit den bevorstehenden Verhandlungen gestört worden und sahen nun, daß wieder nichts herauskommen sollte. Verhandlungen mit der Firma, die die Berliner Gewerkschaft zur Schlichtung des Streites sofort aufnahm und an der auch ein Vertreter des Schuhverbandes teilnahm, zerbrachen sich zerschlugen. Schließlich kam es zu einer Verständigung, als die Vertretung der Unternehmer sich bereit erklärte, bis zum Entschluß durch den Schlichtungsausschuß, der von der Gewerkschaft angerufen worden war, eine vorläufige 5 prozentige Lohnzulage an alle in Berlin beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zu zahlen.

In einer Mitgliederversammlung erklärten sich die Kollegen und Kolleginnen mit dieser vorläufigen Regelung einverstanden. Nicht aber alle Unternehmer. Einer von ihnen, selbst Vorstandsmittglied der Unternehmer, machte der Verhandlungskommission der Prinzipale heftige Vorwürfe. Er beschwerte sich beim Kreisvorstand der Steindruckereibesitzer über den 5 prozentigen Zuschlag, weil er befürchtete, daß der Schlichtungsausschuß früher eine derartige, wahrscheinlich aber noch höhere Zulage beschließen wird, nachdem die Unternehmer schon freiwillig 5 Proz. bewilligt hatten. Der Zerber dieses Herrn, dem das Zahlen von Tariflöhnen immer sehr sauer wird, ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß kurz vorher das Hilfspersonal bei ihm mit vollem Erfolg gestreikt hatte. Der Entschluß des Schlichtungsausschusses ist durch Veröffentlichung in Nr. 12 der „Solidarität“ bekannt.

Wir sehen also, die Taktik der Unternehmer ist im ganzen Reich dieselbe. Sie bewilligen nur unter Zwang gestellt. Manchmal kann dem Schuhverband seine Harndichtigkeit sehr unangenehm werden, wenn wie in Berlin die Leitung des Mittelberns am 28. Februar mitteilt, alle Forderungen des Hilfspersonals sind abzulehnen, und dieselbe Sitzung einige Tage später, bevor der Schlichtungsausschuß gesprochen hat, sich selbst mit einer vorläufigen Zulage einverstanden erklärt. Aber das sollen die Unternehmer unter sich ausmachen. Wir werden ihnen auch für die Folge beweisen, daß ihre Einstellung dem Hilfspersonal keinen Schaden bringt. Das Hilfspersonal im Steindruckgewerbe hat erkannt, welche Vorteile ihm der feste Zusammenhalt in der Organisation bringt. Der Schuhverband agiliert gut für unseren Verband.

Die große Kundgebung der Gewerkschaften am Märzgedenktage.

Der 18. März, jener historische Gedenktage des Freiheitskampfes und der Revolution, gab einen vorzüglichen Rahmen an zu einer Kundgebung von nachdrücklicher Wirkung. An diesem Tage versammelten sich die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Gebäude des Reichswirtschaftsrates in Berlin, um gegen die geplante Freiheit der Wohnungswirtschaft, gegen die neue Steuerbelastung der breiten Massen, für die Arbeitslosenfürsorge, für den Achtstundentag und die Realisierung des Washingtoner Abkommens zu demonstrieren. Selbst die jetzige Reichsregierung war sich der Bedeutung dieser Zusammenkunft der Repräsentanten von Millionen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten wohl bewußt. Es lagen Schreiben des Reichstanzlers, des Reichswirtschaftsrates und Reichsarbeitsministers vor, worin diese mitteilten, daß Vertreter der Ministerien entsandt seien. Vom Reichsarbeitsministerium war u. a. Staatssekretär Gehl anwesend.

Der Vorführende des ADGB, Genosse Leipart, wies in seiner Eröffnungsrede auf die geschichtliche Rolle des 18. März hin. Er gedachte der mutigen und beherzten Männer, die sich vor 77 Jahren in Berlin erhoben und ihren Mut mit dem Leben besiegeln mußten. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der gefallenen Revolutionäre von ihren Plätzen. Genosse Leipart verfehlte nicht, auf den entschlossenen Willen der freien Arbeiterbewegung hinzuweisen, zu kämpfen für die Befreiung des demokratischen Gedankens und der republikanischen Staatsform, gegen den Rückschritt und die Vorherrschaft einzelner Gesellschaftsklassen, für den sozialen Fortschritt und gegen jede Unterdrückung. Der starke Beifall der versammelten Vertreter, mit dem dieses Bekenntnis eines entschlossenen Willens, für

die Rechte des arbeitenden Volkes einzustehen, aufgenommen wurde, mag als ein Fanal gelten, das den Herrschenden der Politik und der Wirtschaft zu denken geben soll.

Was die Wohnungswirtschaft und ihre zukünftige Gestaltung für die Millionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeutet, das ging aus dem instruktiven Referat des Genossen Dr. Wagner hervor. Als gründlicher Beherrscher der Materie war er in der Lage, die gegenwärtigen Interessen der Haus- und Grundbesitzer, des Baugewerbes und der Bauindustrie einestheils und derjenigen der Mieter in farbigen Bildern aufzuzeichnen und einander gegenüberzustellen. Die von jenen geforderte freie Wohnungswirtschaft würde nicht nur die Mietsföhre der Vorkriegszeit, sondern weit darüber hinaus zur Voraussetzung haben, daß 40 Proz. seines Einkommens jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger dem Hausbesitz zu opfern verpflichtet wäre. Demgegenüber forderte der Redner ein Reichswohnungsrecht, wie es in § 155 der Reichsverfassung versprochen wurde. Doch sei der edle Grundsat, jeder deutschen Familie eine gesunde Wohnung zu geben, wenn die Millionen Wohnungsinhaber in geschlossener Bilanz zusammenstehen. Die Genossen Faltenberg vom ADGB, Reichel vom ADGB und Pfirrmann vom ADGB ergänzten die Ausführungen des Referenten und zeigten ihrerseits, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamenschaft den Forderungen des Referenten rechtlos auslitt.

Eine andere Seite der proletarischen Sorgen und der sozialen Ungerechtigkeit schlug der Genosse Tarnow an, der über die neuen Steuerordnungen der Regierung sprach. Schonung des Besitzes, Belastung der Beklößten sei das unverrückbare Merkmal dieser Steuerordnungen der Reichsregierung. Ein tieferes Durchdringen der Materie verfehle den Redner in der Lage, die reaktionäre Seite der Steuerordnungen herauszuheben und damit die ganze Tendenz der Steuererhebung der Regierung Luther-Schlesien zu kennzeichnen. Geradezu lächerlich sei es, die Schonung des Besitzes mit der Notwendigkeit der Kapitalbildung zu begründen, wo früher Arbeit und Sparsamkeit der großen Masse als die kapitalbildenden Kräfte bezeichnet seien. Was die indirekten Steuern und die Lohnsteuer für das Volk bedeuten, verstand der Redner anschaulich herauszudeuten. Auch sonst erlöhnten die Steuerordnungen durch Tarnow eine so herbe Kritik, die durch die lebhafteste Zustimmung der Versammelten zur Meinung der Versammlung gestempelt wurden, daß die Regierung unmöglich an dieser Vorübergehung kann.

Das Problem der Arbeitslosenfürsorge fand in dem Genossen Spiel die sachkundigen und gewandten Vertreter. Das Ziel der Arbeitslosenfürsorge müsse eine Arbeitslosenversicherung sein, die organisatorisch und einheitlich mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen verbunden sei, wobei die Verwaltung und Geschäftsführung in den Händen der Versicherten bleiben müsse. Die Frage, ob die Industrie die Kosten dieser Versicherung tragen könne, wurde vom Redner bejaht, er fand hierbei Gelegenheit, die soziale Belastung der Wirtschaft überhaupt zu streifen. Diese sei, gemessen am gesamten Goldwert, keineswegs höher als 1914. Die Vertreter der Regierung dürften aus dem Worten Spielbis entnehmen haben, wie die organisierte Volksmasse über die Arbeitslosenfürsorge denkt. Genosse Krasnit vom Landarbeiterverband streifte die Frage der Eingliederung der Landarbeiter.

Als letzter Punkt kam die Frage des Arbeitszeitgesetzes zur Verhandlung. Genosse Aufhäuser als Referent entlegte sich keiner Aufgabe in glänzender Weise. Die gesetzliche Sicherung des achtstündigen Arbeitstages in Verbindung mit der Realisierung des Washingtoner Abkommens sei das Ziel der Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen. Die Verwirklichung entsprechender gesetzlicher Maßnahmen müsse von der Regierung gefordert werden. Genosse Aufhäuser setzte sich mit jenen Wissenschaftlern auseinander, die früher die Forderungen der Arbeitszeitverordnungen warm vertraten, jetzt aber in das Lager der Gegenparte übergetreten seien. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten seien auf sich selbst gestellt und können auf keinen Beistand aus eigener Kraft rechnen. Verträge der Regierung in der Vorlage eines günstigen Arbeitszeitgesetzes oder schiebe sie die Realisierung des Washingtoner Abkommens hinaus, dann sei die Durchführung des Volksentscheides ein dringendes Gebot der Stunde. Der lebhafteste Beifall, der diesen Ausführungen folgte, gestaltete sich zu einer einheitlichen Kundgebung für die internationale Festsetzung und gesetzliche Sicherung des Achtstundentages.

Alles in allem eine wirkungsvolle Demonstration der Vertreter der Millionen Hand- und Kopfarbeiter zu den Problemen der Zeit. Ein entschlossener Wille, gestützt auf klare und durchführbare Forderungen und gepaart mit freudigem Kampfesmut, das war der Grundton, der durch alle Reden hindurchklang. Er wird sich fortpflanzen bis in die entferntesten Winkel des Reiches. Soffentlich hat auch die Reichsregierung ein Ohr für das Grollen des Zykloper,

Die Ursachen unserer Lohnforderungen.

Die Unternehmer können und wollen nicht verstehen, warum die Arbeiter fast unausgesetzt neue Lohnforderungen stellen müssen. Die Arbeiter wissen, was sie wollen, und wissen, dass die Gewerkschaften aus lauter Lust an Lohnstreitigkeiten auf eine wesentliche Erhöhung der Löhne drängen. Die Unternehmer übersehen, dass der Lohn des Arbeiters ständig sinkt. Der Arbeiter bekommt von Woche zu Woche weniger für seine schwer erarbeiteten Pfennige. Die ständigen Lohnbewegungen haben in diesen Lohnkürzungen, in dem immer mehr gedrückten Reallohn ihre tiefen Gründe. Wir werden, solange die Politik der überhöhten Preise und der Ausweitung der Massen getrieben wird — und diese Politik wird durch die Stellungnahme der Herren Unternehmer oder ihrer Vertreter in den öffentlichen Körperschaften stark gefördert —, in Zukunft ständig Konflikte wie jetzt an vielen Orten im Kleinhandels- und im Schriftlehrgewerbe und überhaupt in allen Wirtschaftszweigen zu erwarten haben.

Das gilt um so mehr, weil wir abermals vor neuen Preisereignissen stehen. Und zwar scheint sich jetzt erst in den letzten Monaten erreicht hohe Stand der Erzeugerpreise auf die Kleinhandelspreise auszuwirken. Wir wollen für heute einmal an der Steigerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel, des Roggens, die Zusammenhänge darstellen und geben die Preisbewegung für Roggen in folgender Uebersicht wieder:

Roggen 50 kg	1913	1914	Jan. 1925	Anfang März 1925
Abholter Preis	8,22	6,80	12,38	12,50
Indepreis	100	82	144	152

Brot 1/2 kg	1913	1914	Jan. 1925	Anfang März 1925
Abholter Preis	0,14	0,143	0,186	0,198
Indepreis	102	102	127	136

Wir sehen, trotzdem die einzelnen Posten für die Landwirtschaft unserer Ansicht nach zu günstig wiedergegeben worden sind, daß der Roggenpreis vor einem Jahre fast 20 Proz. unter Friedenspreis lag. Der Kleinhandelspreis aber war fast dem Friedenspreis gleich. In dem Unterschied zwischen Erzeuger- und Detailpreis liegt eine bedeutende Preisreserve für Händler und Bäcker, die eine günstige Marktlage hatten, da die Verbraucher das Brot zu Preisen kauften, denen wesentlich höhere, in Wirklichkeit nicht existierende Erzeugerpreise zugrunde gelegt wurden. Im Laufe des letzten Jahres verlor sich die Agrarpreisgabepolitik der Regierung, den Roggenpreis fast bedeutend über Friedenspreis zu erhöhen: der Roggen kostete heute 50 Proz. mehr als vor dem Krieg. Dadurch kommt die oben erwähnte Reserve nicht mehr dem Handel und der Verarbeitung, sondern mehr der Erzeugung, der Landwirtschaft zugute. Selbstverständlich ist es nun, daß Handel und Bäcker danach trachten, den alten Profit zu behaupten, indem sie ihrerseits wieder den Brotpreis in die Höhe treiben. Wir sehen an unsern Zahlen, wie der Preis für Brot langsam aber sicher in die Höhe geht: das Brot ist heute rund 35 Proz. teurer als vor dem Krieg und vor einem Jahr. Im Laufe des Monats Februar hat der Brotpreis bei uns allein um 19 Proz. angezogen, ohne daß dem eine entsprechende Lohnerhöhung gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet das eine ganz empfindliche Kürzung des Reallohns. Wesentlich steht es um die andern landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wir geben dafür folgende Tabelle wieder:

Erzeugerpreis:	1913	März 1924	Januar 1925	Anfang März 1925
50 kg Kartoffeln	2,--	2,10	2,11	2,15
1/2 kg Butter	1,28	1,60	1,64	1,92
50 kg Rindfleisch	42,08	31,50	34,95	34,65
50 kg Schweinefleisch	51,84	52,40	55,85	51,40
50 kg Mähren	2,60	3,75	3,41	3,75
50 kg Wägen	27,27	43,33	29,77	32,08
50 kg Schellfisch	29,40	43,84	51,87	70,29

Einhandelspreis:	1913	März 1924	Januar 1925	Anfang März 1925
50 kg Kartoffeln	3,50	4,--	4,--	4,13
1/2 kg Butter	1,40	2,14	2,10	2,18
50 kg Rindfleisch	0,905	0,82	1,20	1,108
50 kg Schweinefleisch	0,82	1,08	1,22	1,155
1/2 kg Mähren	0,04	0,035	0,08	0,069
1/2 kg Wägen	0,29	0,55	0,58	0,407
1/2 kg Schellfisch	0,283	0,65	0,64	0,763

Unsere Auffassung, die wieder auf die Berechnungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer zurückgeht, bestätigt das Gesagte: Obwohl die von uns für sich überlegten Erzeugerpreise einigermaßen stabil bleiben, macht sich im Kleinhandel aber eine durchgehende Preissteigerung bemerkbar. Diese Steigerung kommt aber für den Lohnarbeiter, den Verbraucher, in Frage. Sie drückt auf den Reallohn und ist eine unmittelbare Lohnherabsetzung. Da die Regierung diese Politik (Kapitalneubildung) schützt, kann es nicht wundernehmen, wenn die Arbeiterklasse unausgesetzt zu neuen Lohnforderungen gezwungen ist.

Berufsberatung.

Während wir verlassen in unserem Vaterlande Hunderttausende von Jungen und Mädchen die Schulen. Unzählige Eltern stehen um die Osterzeit vor der bange Frage: Was soll unser Junge oder Mädchen werden? In unserm entwickelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeiten spielen sich heute hinter Fabrik- und Werkstattemauern ab, und so kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den erwählten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, sind sie in vielen Fällen enttäuscht und versuchen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt und wie oft gerade ein verkehrter Beruf der Beginn einer verheerenden Lebensführung ist, wird nicht jeder bejahen, der einmal ernsthaft über diese Dinge und seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier zu helfen, ist die schöne Aufgabe der Berufsberatung. Sie geht nun so vor, daß einmal schon in der Schule im sogenannten berufsunabhängigen Unterricht versucht wird, den Jungen und Mädchen einen Überblick über die Vielseitigkeit der beruflichen Arbeit und der Arbeit überhaupt zu geben. Berufsunabhängig bilden eine wertvolle Ergänzung dieses Unterrichtes. Dann aber führt die Berufsberatungsstelle im letzten Schuljahre die zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen durch heimliche Betriebe und Werkstätten. So erhalten die Kinder einen guten Einblick und sind jetzt ganz anders für die Berufswahl vorbereitet wie früher, als man dieser Lebenswende zu wenig Beachtung schenkte. Mit der Unterstützung der Kinder ist es nun aber nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Überblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt alljährlich im Herbst Elternabende. An solchen Abenden sprechen Sachleute über die Anforderungen und Aussichten in den verschiedenen Berufen und Arbeitsarten. Nichtüber unterliegen diese Vortragsabende, ebenso Berufsberatungen in den Zeitungen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatungsstelle. Dann werden mit dem Berufsberater gemeinsam noch einmal die Gründe des Jungen für einen Berufswahl besprochen. Er wird kritisch untersucht, und wenn in einer besonderen Eignungsprüfung, die in den meisten größeren Berufsämtern vorgenommen wird, die Eignung für den erwählten Beruf festgestellt ist, erhält er durch das Amt eine postende Bescheinigung. Es kommt oft vor, daß die Jungen einen Beruf erlernen oder in einem ungeliebten Arbeitsplatz gehen wollen, für den sie sich nicht eignen. So ist es z. B. unsinnig, wenn ein tuberkulöser Junge Friseur werden möchte, oder ein farbenblinder Schüler Maler, oder ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule Kaufmann, oder ein sehr begabter Junge, wie z. B. der Verfasser des folgenden Aufsatzes, ungelernter Arbeiter. Ein solch begabter Volksschüler gehört in einen Beruf hinein, in dem er seine eigenen Geistesgaben zum Wohle der Allgemeinheit weiter entwickeln kann. Dieser Junge, von dem ich jetzt schreibe, lernt nun Buchbinder. Er hat in seiner Schulzeit schon eine kleine Erzählung und ein kleines Theaterstück verfaßt. Auf meine Bitte schrieb er mir den folgenden Aufsatz über den Arbeitsnachweis:

Ein Wunsch nach dem Arbeitsnachweis.
 Ich trat in die Halle des Arbeitsnachweises. In der Halle befanden sich alle Sammler dieser Männermission und Ober. In einzelnen Gruppen oder in einer langen Reihe vor dem Schalter standen die Männer. Von den jungen Leuten sah ich einige darunter, die schon mit mir in einer Klasse zusammen gewesen waren. Es waren solche, die sie lernten. Sollten sie etwas vorreden oder ein Gebot befehlen, so antworteten sie: „Das kann ich nicht.“ Sie bei waren sie die trachten und grübeln. Sie machten ein

„Es schadet nichts, das wird er werden.“ „Wir haben ja noch Eltern, die uns erziehen können.“ „Es bedient nicht daran, daß ich schreibe, falls sie zu den Vätern, wenn noch eine Frau die Kinder da sind.“ „So habe mir einen Gang fort und kam zu dem Schalter der Buchhalter. Eine lange Reihe Arbeiter standen davor. Es waren meistens Familienkinder, aber auch viele junge Arbeiter kamen dazu. Die Familienkinder machten ein ernstes Gesicht. Das Wort der Familie lag ihnen am Herzen. Diese Arbeiter hatten im Buch nach dem Buch, das sie hatten, das sie lesen wollten. In den Straßen umher. So hätte ich die Bücher nicht auf den Versteigerung nicht aus. Sehen Sie, das ist auf dem Arbeitsnachweis zu finden. Jetzt sind Sie bedient. So wird ich endlich wieder Arbeit zu bekommen. Man sieht Ihnen die Zeit vom Gesicht ab. Sie freuen an den Schalter heran, fragen ihren Namen, am Schalter kommt die Antwort im Buch, man nimmt er die Karte und stemmelt sie. Der Arbeiterlohn tritt ab und ein anderer kommt heran. So geht es immer zu. Der eine geht, der andere kommt. Ich höre dem Gespräch einiger Männer zu. Ein junger Mann von ungefähr 28 bis 30 Jahren erzählt folgenden: „Ich habe einen jungen Bruder, der hat sehr viel. Er verdient ganz gut, aber eins kann ich es ihm nicht anreden. Wenn er sich belassen hat, so gibt er sehr wenig ab, den größten Teil behält er. Da für läuft er Riquetten und geht aus. Und der Wohl hat er schon nicht mehr und kommt bei meiner Mutter an.“ „Mutter, daß du nicht ein bißchen Geld für mich? Ich habe nichts. Meine Mutter muß es nicht so tun und ich immer etwas. Im Gegenteil, wenn er nichts mehr hat, so hole er sich etwas von einer Mutter. Sie möchte jetzt dem Kinsange all. Dann sollte ich sie Geld; denn in der Halle war die Luft von Riquettenluft gefüllter. Dann dachte ich darüber nach, was ich geben sollte und kam zu der Ansicht, daß ich ein Arbeitsamt von großem Nutzen sei; denn dabei werden vielen Menschen und ihre Familien erziehen.“

Im Berufsamt kann man nur dank zum Wohle der Jugend und zum Nutzen aller arbeiten, wenn ein jeder zu seinem Teile hierzu beiträgt. Auch Sie, mein Leser, können diese Arbeit fördern, wenn Sie einmal offen nach reiflicher Überlegung Ihre Stellungnahme zur Berufs- und Arbeitsfrage kundtun. Das haben auf unsere Bitte hin auch schon viele Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte und Handwerker getan. Solche Auskünfte sind dem Berufsberater bei der Auffklärungsarbeit unter der Jugend und den Eltern von großem Nutzen. Der einzelne Berufsberater kann den Vätern und Müttern über die Hunderte von Berufen und Arbeitsarten nur dann gute Auskunft geben, wenn eben die leihigen und früheren Angehörigen dieser Berufe und Arbeitsarten mitbilden, ihn mit dem nötigen Material zu versehen, Wollen Sie uns auch helfen, dann bitte ich Sie herzlich, möglichst eingehend und schriftlich die folgenden Fragen zu beantworten. Ihre Auskünfte für die ich Ihnen im voraus verbindlich danke, senden Sie bitte an das Berufsamt Harburg a. d. Elbe, Brüdenstraße 17. Dieses Amt wird dafür sorgen, daß das zusammenkommende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen bekannt wird. Sie brauchen, wenn Sie unbekannt bleiben wollen, Ihren Namen nicht zu nennen. Und nun erfüllen Sie meine Bitte und beantworten Sie die folgenden Fragen:

1. Welchen Beruf erlernen Sie?
2. Wieviel Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie diese Frage mit „Nein“ beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Lichtseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Hermann Bues, Harburg.

Das Wirtschaftsgeheim der Hausfrau als Kapitalmacht.

„Es langt nicht!“ So klagt eine Frau der anderen schon jahrzehntelang ihr Geld. Warum langt es nun nicht? Verschleierte Ursachen sind da maßgebend. Seber denkt zuerst an die Lohnfrage: der Lohn ist zu niedrig! Das stimmt. Aber warum ist der Lohn zu niedrig? Weil die Preise zu hoch sind. Wer bestimmt die Preise? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Viele Ursachen sind hier am Werke. Die mehr Kleinhandler, desto mehr Anreiz für den Großhandel, auf Preise zu halten. Der Konsument

Auf einamem Posten.

Wer da als Agitator für seine Idee durch die Bande reißt, der erlebt meist recht erfreuliche in der Bewegung, frischen, lebendigen Geist und treu solidarische Gemeinschaft, wenn es sich in irgend einer Art um den Ausdruck des Gemeinwillens handelt. Doch erlebt er auch manche traurige Erscheinung, und es gibt besonders auf dem Lande hin und wieder Drie, in denen die gewerkschaftliche Bewegung nur aus einigen Treuen besteht. Die Masse, die eigentlich zur Trägerin der Bewegung berufen ist, schläft. Sie sieht in ihrer eigenen Bewegung eine Betätigung der eigenen Person. Die Verammlung, die einberufen ist, führt in der eigenen Feldarbeit, oder das Bettler ist zum Besuche der Verammlung nicht geeignet. Regnet es, so ist es der Regen, schneit es, so ist es der Schnee, stürmt es, so ist es der Wind, herrscht Sonnenschein, so ist es die Wärme, die von der Veranstaltung der Organisation zurückfällt. Die Verbindnisse mögen sein wie sie wollen: wie sie sind, werden sie hingenommen als willkommene Ausrede zur Entschuldigung der eigenen Trägheit und des fehlenden Verbindnisses für die Notwendigkeit des eigenen Kampfes. Da ist den Treuen, die die Bewegung halten, oft das Herz schwer. Sie haben alles versucht, sich nach jeder Richtung bemüht, immer und immer wieder, und immer wieder der gleiche negative Erfolg. Da hat mancher dieser Braven Augenblicke der Verzweiflung. Und doch verzweifelt er nicht. Er glaubt an den Erfolg, der letzten Endes doch kommen muß.

Was diese Bioniere des sozialen Fortschrittes im Kleinen erleben, das ist im Großen das Erlebnis der Menschheit. Sie wuch langsam. Sie bekam Milchzähne. Sie vegetierte Jahrhunderte hindurch. Und selbst heute, wo die Maschine die Menschheit festlich zu erklären droht, merkt die Menschheit im ganzen nichts von ihrem klanischen Woge. Nur ein ganz kleiner Bruchteil der Menschheit hat ein egoistisches

Interesse an dem Bestehenden; der weitaus größte Teil kann durch eine neue soziale Ordnung nur gewinnen, die ganze Ethik der Welt kann mit dieser sozialen Gestaltung praktisch ein Gebot werden; und doch schläft die Menschheit, versteht sie das Vornachschreiten der Bioniere nicht.

Kampf ist gewiß die große Forderung, die die Gesellschaft stets an die Menschheit gestellt hat, doch zugleich: Geduld. Was groß werden soll, wird nicht von heute auf morgen. Es muß die innere Reife vorhanden sein. Sonst ist der Erfolg Kitrappe. Sonst ist er Erfolg für den Augenblick.

Darum hat der Kämpfer den stolzen Mut nötig, der in der Geduld murren, im Versehen der Mittelwelt. Der Kampf muß zäh sein. Und er ist zäh bei uns. Wir kämpfen auch über Stillstand hinweg. Und weil unser Kampf zäher ist als der Stillstand, darum ist unser dennoch der Sieg.

Der Kulturfinn des Gewerkschaftskampfes.

Der Kapitalismus hat der Arbeit die Seele genommen. Selbst wenn die Arbeit des einzelnen auch vielleicht noch so interessant ist und der Veranlagung des Schöpfenden noch so sehr entspricht, selbst dann fehlt der Arbeit der tiefere Sinn, die Durchdringung, die Durchsetzung, weil die Arbeit einem materiellen Zwecke: dem Unternehmerrgwinne und dem eigenen wirtschaftlichen Existenz als dem Wesentlichen gilt. Und je kapitalistischer die Welt wird, um so mehr kommt die Arbeit als Arbeit ohne geistigen Sinn zum Ausdruck.

In welcher geistige Niedrigkeit der Kapitalismus die Arbeit gebracht hat, tritt besonders traurig in der Erscheinung, wenn man die Arbeit von heute mit dem Charakter vergleicht, den die erste Arbeit hatte, die vom Menschen vor vielen Zeitaltern im schlichtesten Menschheitsstadium geleistet wurde. Nach dem Urteile der neueren Ethnographie war die erste Arbeit der Menschheit Kunst.

Kunst war das Wesen der ersten Arbeit nach dem neuen Stande der Wissenschaft, Kunst natürlich nicht in unserem modernen Sinne, sondern im Sinne jener Zeit. Der Mensch ist darüber ist sich die Wissenschaft heute einig, von K a u r aus in Licht fassende Rühmlichkeiten, für das man ihn immer gehalten hat. Der Mensch ist im Urzustande nicht einseitig der praktische Mensch gewesen. Er war der künstlerische Mensch. Der Urtrieb des Menschen war „der elementare künstlerische Schmuckungsdrang“. Daß der Schmuck, wie alle Ethnographen heute anerkennen, sogar älter ist als die Kleidung, das ist alles. Das Wesen der ersten Arbeit war Kunst. Sie diente dem Schmuck, der Bemalung des Körpers, den Tätowierungen. Und auch als die Kleidung aufkam, war sie, so sagt die neuere Ethnographie, aus diesem künstlerischen Schmuckbedürfnis heraus entstanden. Der Mensch wollte schön sein. Er wollte gefallen. Wie der Stachel — im Aquarium können wir es beobachten — bei der Werbung ein hochzeitliches Kleid anlegt, das in den schönsten Farben schillert, und wie der Vogel bei der Paarung durch sein Singen und Flitzen gefallen will, so sah auch der Mensch seiner Urzeit sein Wesen nicht im Stoffen und im Anhaufen von Gütern, sondern in einem primitiv künstlerischen Ausdruck. Aus solchen Gedanken heraus entstanden die ersten Gewerbe. Man fand in paläolithischen Niederlassungen farbige Erden, die dazu bestimmt waren, den menschlichen Körper zu färben, und seine Feuerleinmischen zur Tätowierung.

Alle diese wissenschaftlichen Feststellungen sind überaus interessante Belege für den, der nach dem natürlichen Sinne des Daseins sucht. Das, was wir vom Leben verlangen, steht seit Urzeiten tief im Wesen der menschlichen Natur. Der Sinn des Lebens ist nicht die ewige Sorge um das Brot. Der Sinn des Lebens ist Schönheit, Durchdringung, Kultur. Auch wir wollen Kunst, natürlich nicht wie der Urmench, sondern entsprechend der Auffassung unserer Zeit.

hft eben dann zwangswese den Preis, den man von ihm erlangt. Muß das so bleiben?

Die Verbraucherschaf hat in der Genossenschaftsbewegung, in den Konsumvereinen, einen mächtigen Wirtschaftsfaktor, der schon überall preisregulierend eingegriffen hat. Dieses wird von den meisten Verbrauchern geradezu hartnäckig übersehen, und erst, wenn es einmal so weit kam, daß eine genossenschaftliche Verteilungsgesellschaft geschlossen werden mußte, dann kamen die Mitglieder und Verbraucher und baten die Verwaltung aufs dringendste, die Verteilungsgesellschaft doch wieder zu eröffnen. Ja, man war dann sogar auf einmal bereit, den geordneten Geschäftsanteil in voller Höhe einzuzahlen, was zuvor als eine Unmöglichkeit angesehen wurde. Dort hatten die Verbraucher erfahren, was es für sie bedeutet, wenn die preisregulierende Tätigkeit der Genossenschaften fehlt.

Durch die Genossenschaft wird also die wirtschaftliche Schwäche der Arbeiterfamilien bereits zu einem Teil gemildert, und mehr kann es noch nicht sein, weil immer noch die Verbraucher ihr Wirtschaftsgeld in hunderttausende Kanäle zerfließen lassen: in die Taschen des Kleinhandels, des kapitalistischen Großhandels, in die Geschäfte der kapitalistischen Industrien, der Banken usw., die alle mehr oder weniger kartelliert, syndiziert, konzerniert oder gar erkrustet sind, um aus dem Wirtschaftsgeld der Hausfrauen noch mehr Profit herauszuschlagen. In der Genossenschaft kann dieses Kapital zusammengefaßt und im Interesse der Verbraucher nutzbar gemacht werden. Solange die Verbraucher ihr Wirtschaftsgeld gebunden und planlos zerplätteln, dienen sie dem Kapitalismus. — In diesem Wirtschaftskampf helfen keine Phrasen! Hier heißt es handeln, sanftmütig wirtschaftlich handeln! Den Kapitalkonzernen muß die Organisation der Verbraucher gegenübergestellt werden. So wird das Wirtschaftsgeld der Hausfrau zu ihrer großen Kapitalmacht, die, richtig verwendet, die heutigen Leiden der Mütter und Kinder bedeutend verringern kann.

Anträge des Vorstandes zur Statutenänderung.

§ 2.
Ziffer 1 anfügen: hinter „Mitglieder“ „unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen“.

§ 3.
Ziffer 1 soll lauten: „alle dem Verband Beitretenden haben ein Eintrittsgeld zu entrichten, dessen Höhe der Verbandstag beschließt. Ausgenommen hiervon sind diejenigen, die von einer anderen Organisation übertreten.“
Ziffer 4: In der dritten Zeile hinter „Verbandes“ einfügen: „des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdamer)“.

§ 4.
Ziffer 1: Die Höhe der Wochenbeiträge ist wie folgt festgesetzt:

Klasse	Verbandsbeitr.	Leibheitsbeitr.
1. Klasse	0,30 M.	0,05 M.
2. Klasse	0,40 M.	0,05 M.
3. Klasse	0,50 M.	0,05 M.
4. Klasse	0,60 M.	0,10 M.
5. Klasse	0,80 M.	0,10 M.
6. Klasse	0,90 M.	0,10 M.
7. Klasse	1,— M.	0,10 M.

Die Eingruppierung in die einzelnen Beitragsklassen wird durch den Vorstandsvorstand vorgenommen.

§ 5.
Ziffer 1: Nach dem ersten Satz ist anstatt der alten Fassung zu lesen: „Für die in Betracht kommenden Wochen sind die entsprechenden beitragsfreien Marken in die betreffenden Beitragsurkunden des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben. Auf der Karte befindliche Mitgliedschen haben diese Marken von den Zahlstellen zu befehlen, die sie verkehren.“
Ziffer 2: In der letzten Zeile ist anstatt „20 Pf.“ „10 Pf.“ zu lesen.

Arbeitslosenunterstützung.

§ 6.
Ziffer 4 soll lauten: Arbeitslosen Mitgliedern kann eine Unterstützung gewährt werden, deren Höhe vom Verbandstag bestimmt wird und die sich nach der Zugehörigkeit zum

Je mehr der Mensch von Sorgen befreit ist, um so mehr kann er seinem eigentlichen Sinne leben. Je besser er wirtschaftlich gestellt ist, um so eher kann er seinem Leben eine ethisch-kulturelle Note verleihen.

Wie schon der erste Mensch seine Besonderezeit nicht im Prater stellen, sondern im Primitivzeitigen, in seiner primitiven Schönheit suchte, so ist der Sinn des modernen Menschen Kultur, und seine soziale Stellung muß so sein, daß ihm Kultur möglich ist. Das Existenzminimum als Forderung von nichts als nur dem höchsten Quantum an Brot und Kartoffeln ist eine Forderung, die dem Willen des Menschen widerspricht. Im Existenzminimum muß eingeschlossen sein die Kulturpflicht und die Möglichkeit, in Kultur zu leben. Dieser Kulturpflicht des Menschen das Recht zur Entfaltung zu geben, ist der geistige Sinn, den die freie Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen hat.

Der Miterfinder der Buchdruckerkunst.

Peter Schöffer, der schon bei Herstellung des ersten bedeutenden Druckwerkes, der berühmten 42zeiligen Gutenbergbibel, beteiligt war, gilt neben Faust als Miterfinder der „schwarzen Kunst“. Jedenfalls ist er die erste hervorragende Buchdruckerpersönlichkeit, die wir kennen. In der praktischen Einführung des Buchdrucks hat er das größte Verdienst. Sein Geburtsjahr ist zwar nicht genau bekannt; es wird aber mit großer Wahrscheinlichkeit mit 1425 angegeben, so daß man in diesem Jahre den 500. Geburtstag des Meisters feiern kann. Schöffer stammte aus Gernsheim und war zuerst Bücherhändler und Handschriftenhändler in Paris. Als Faust dem Erfinder Gutenberg das nötige Geld vorstieß, um seinen Druckapparat herzustellen und die erste lateinische Bibel zu drucken, da muß auch schon Schöffer bei der Arbeit mitbeteiligt gewesen sein. In dem Prozeß, den Faust gegen

Verband, d. h. nach der Anzahl und Klasse der geleisteten Wochenbeiträge richtet. Sie beträgt pro Woche nach einer

Beitragsleistung von mehr als	1. Klasse 30 Pf.	2. Klasse 40 Pf.	3. Klasse 50 Pf.	4. Klasse 60 Pf.	5. Klasse 80 Pf.	6. Klasse 1 M.	7. Klasse 1 M.	auf die Dauer von Tagen
52 Wochen	1,50	1,80	2,10	2,40	3,—	3,80	3,60	80
168 "		2,40	2,70	3,—	3,60	3,80	4,20	86
260 "		3,—	3,80	3,60	4,20	4,50	4,80	92
520 "		3,60	4,20	4,80	6,—	6,60	7,20	94

§ 8.
Krankenunterstützung.

Ziffer 1: In der vorletzten Zeile ist das Wort „Summe“ zu streichen.

Ziffer 3: Die Krankenunterstützung beträgt pro Woche die Hälfte der jeweiligen Arbeitslosenunterstützung in der gleichen Beitragsklasse; sie darf jedoch nicht unter 1 M. pro Woche betragen.

§ 10.
Streikunterstützung.

Ziffer 2: In der letzten Zeile anstatt „4 Tage“ „2 Tage“ setzen.

Ziffer 3: In der zweiten Zeile anstatt „zweieinhalbfache“ „doppelt“ setzen.

Ziffer 4: In der dritten Zeile anstatt „zweieinhalbfache“ „doppelt“ setzen.

Ziffer 5: In der dritten Zeile nach „werden“, unter Streichung der nachfolgenden Worte, setzen: „der einheitlich in allen Klassen eine Mark pro Kind und Woche betragen soll.“

§ 14.

Ziffer 3 erhält folgenden Wortlaut: „Die Wahlen des ersten und des zweiten Vorsitzenden sowie des Kassierers erfolgen auf dem Verbandstag. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder und der Revisoren erfolgt ebenfalls auf dem Verbandstag. Die Vorortjahrstelle hat dem Verbandstag hierfür geeignete Vorschläge in doppelter Anzahl zu machen. Die Wahlen sämtlicher Vorstandsmitglieder gelten bis zum nächsten Verbandstag. Wiederwahl ist zulässig.“

Ziffer 9: In der zweiten Zeile anstatt „des“ „eines“ setzen.

Ziffer 14: Die Worte „sowie von Hilfskräften“ streichen. Am Schlusse wird angefügt: „und der Gewählte die Bestätigung des Vorstandsvorstandes erhält.“

§ 17.

Ziffer 1: Die ersten drei Zeilen bis zu dem Worte „ist“ streichen, dafür setzen: „Zahlstellen können an allen Orten errichtet werden, wenn mindestens 9 Mitglieder vorhanden sind“. In der vierten Zeile hinter „Geschäfte“ einfügen: „ist“.

Ziffer 3: In der zweiten Zeile hinter „Orten“ einfügen: „vorübergehend über den im § 4 Ziffer 1 festgesetzten Ortsbeitrag“.

Ziffer 4 erhält folgende Fassung: „Aus Lokalbeiträgen dürfen andere Unterstützungsarten nur gewährt werden, wenn der Vorstandsvorstand unter genauer Prüfung der finanziellen Grundlage keine Zustimmung erteilt hat. — Ist diese Grundlage nicht mehr vorhanden, so muß diese Unterstützungsart wieder abgeschafft werden.“

Ziffer 9 erhält folgenden Zusatz: „Jede Zahlstelle hat für ordnungsmäßige Geschäftsführung, insbesondere für die richtige Einlieferung und Ablieferung der Verbandsbeiträge an die Verbandskasse.“

Ziffer 10 erhält in den ersten fünf Zeilen bis zu dem Worte „müssen“ folgenden Wortlaut: „Zur Deckung der Unkosten des Verbands sind die Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern 10 Proz., bis zu 500 Mitgliedern 7 1/2 Proz., über 500 Mitglieder 5 Proz. der Einnahmen. Hiervon und von den in § 4 Ziffer 1 festgesetzten Ortsbeiträgen müssen“ usw.
Der zweite Absatz ist zu streichen.

§ 18.

Ziffer 9: Der Punkt d) ist entsprechend der Beschlüsse über die Wahl des Vorstandsvorstandes und der Revisionskommission zu ändern.

Streikreglement.

§ 12.
Zif. 3: Nach dem Worte „berechtigt“ unter Streichung der

Gutenberg führte und bei dem er ihm nicht nur sein Druckgerät, sondern auch das geistige Eigentum der Erfindung abtrug, tritt Schöffer als Zeuge auf. Er hat dann später Fuks Tochter Christine geheiratet, wurde Teilnehmer der neuen Druckfirma und leitete in dem von seinem Schwiegervater erworbenen Hause „Zum Humbrecht“ in Mainz die Druckerei, aus der die frühesten und wohl auch die schönsten Werke der Druckkunst überhaupt hervorgegangen sind. Von Schöffer wird berichtet, daß er die Matrizen erfinden und zuerst aus Blei gegossen habe. Das berühmte Platerium mit den wundervollen zweifarbigen Initialen, das am 14. August 1457 erschien, trägt die Namen Fuks und Schöffers. Die weiteren Werke zeigen in ihren Typen vorzügliche Zeugnisse von Schöffers Schiffschneiderei. Er hat die zu seinem Tode, der im Jahre 1502 oder 1503 erfolgte, hauptsächlich ideologische Druckwerke geschaffen, die alle den Bannstrich mit seinem Namen aufweisen und vollendet schöne Erzeugnisse sind. Auch nachdem Fuks 1468 in Paris an der Pest gestorben war, wurde das gemeinsame Firmenzeichen Fuks und Schöffers beibehalten. Das letzte Druckwerk, das aus Schöffers Hand hervorging, war wohl die vierte Ausgabe seines Plateriums im Jahre 1502. Die Stadt Gernsheim hat ihrem Sohne ein Denkmal errichtet mit folgender Widmung: „Dem Andenken Peter Schöffers von Gernsheim, weltlichen Richters zu Mainz. Dem Miterfinder der Buchdruckerkunst, welche er durch seinen Forschungsgelbst und seine Geschicklichkeit verbessert und zur Vollkommenheit gebracht hat, weihet dieses Denkmal seine kopierte Vaterstadt.“ Schöffer leitete zunächst auch noch die von Fuks begründete Pariser Druckerei, durch die die Druckkunst in Frankreich eingeführt wurde. Als dann in Frankreich selbst Drucker auftraten, beschränkte er seine Tätigkeit auf Deutschland und erwarb 1470 das Bürgerrecht in Frankfurt a. M., auf dessen Wappen er seine Wälder vertrieb. Nach seinem Tode führte sein Sohn Johann die Firma weiter.

lehten drei Zeilen anfügen: „besondere Beiträge zu erheben.“

§ 13.
In der vierten Zeile hinter dem Worte „zureichen“ anfügen: „der diese einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen hat.“

Aus dem Steinbrudgewerbe.

Canntaff.
Laut Vereinbarung vom 17. März 1925 betragen die Mindestlöhne, erstmals zahlbar ab laufender Lohnwoche für:

Wochenlohn bei 48 Std.	Wochenlohn bei 36 Std.
Steinbleifer u. Bader über 25 Jahre	36,90 M.
" von 21—25	33,60 "
" " 19—21	30,24 "
" " 17—19	27,36 "
" " bis 17	21,60 "

Während der ersten vier Wochen der Beschäftigung im Beruf 10 Proz. weniger.

Anlegerinnen an Backermaschinen, die nicht an Druckmaschinen ansetzen können, erhalten

Hilfsarbeiterinnen über 23 Jahre	26,40 "
" von 20—23	23,04 "
" " 18—20	21,60 "
" " 16—18	19,68 "
" " bis 16	18,24 "

Im übrigen bleibt es bei den früheren Vereinbarungen.

Aus den Zahlstellen.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung vom 19. März. Kollege Raab widmete dem Genossen Ebert einen warmen Nachruf und gab des weiteren das Ableben zweier Kollegen bekannt. Durch Erheben von den Sigen wurde das Andenken der Verstorbenen geehrt. Raab machte nun bekannt, daß am 29. März die Wahl eines neuen Reichspräsidenten stattfindet, und es dürfte der Kollegschaft nicht schwer fallen, unter den ausgefallenen Kandidaten den richtigen zu wählen; das könne nur für uns der Genosse Otto Braun sein. Sodann nahm die Kollegschaft Stellung zum Verbandstag in Hamburg. Es wurden Anträge in bezug auf Wiedereinführung der Krankenunterstützung, Erhöhung der Höhe zur Arbeitslosen-, Streik- und Maßregelungsunterstützung gestellt. Es kamen einige Wünsche in bezug auf die „Solidarität“ zur Ausprägung usw. Durch die Ausführungen unseres Vorsitzenden ließen sich die Versammelten überzeugen, daß diese Anträge nur dann Aussicht auf Erfolg hätten, wenn damit gleichzeitig eine Beitragserhöhung verknüpft würde. Die Versammelten haben demnach auch einer Beitragserhöhung von wöchentlich 10 Pf. zugestimmt, was ebenfalls als Antrag dem Verbandstag unterbreitet werden soll. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl wurden einstimmig der Kollege Paul-Frankfurt und der Kollege Berg-Offenbach aufgestellt. Als Ersatz Frau Graub. Unsere Kollegschaft in Frankfurt und Offenbach muß bei der kommenden Wahl, die im Mai stattfinden soll, für diese beiden Kandidaten eintreten. Näheres ergibt sich an die Vertrauensleute. An die Kollegen und Kolleginnen, die der Verammlung ferngeblieben sind, ergibt an dieser Stelle das Ersuchen: zeigt mehr Interesse für eure Organisation und kommt auch einmal in die Versammlung. Aufklärung und Wissen tut auch gut.

Frankfurt-Offenbach (Main). In zwei überfüllten Versammlungen am 16 und 18. März nahm das Hilfspersonal der Schrittleheren zu den Berliner Lohnverhandlungen Stellung. Gauweiler Kollege Raab gab einen Bericht von den Verhandlungen, die zur Kündigung der Personale geführt haben. Die Arbeitgeber verweigern dem Hilfspersonal nachzuweisen, wie unrecht es mit der Einreichung der Kündigungen getan hätte. Die Personale wären von den Organisationsstellen im unklaren gelassen worden, sie seien gar nicht davon orientiert gewesen, welche Zugeständnisse sie (die Unternehmer) gemacht hätten. Das Hilfspersonal wisse gar nicht, aus welchen Gründen die Kündigungen erfolgt seien, sie hätten nur einfach der Befehle der Organisation Folge geleistet. Demgegenüber stellte Kollege Raab fest, daß in allen Gegenden auch in Frankfurt und in Offenbach seitens der Organisationsstellen den Personalen am Tage vor der Einreichung der Kündigungen der wahre Sachverhalt durch Rundschreiben mitgeteilt wurde. Die Personale haben in Frankfurt in Offiziersverfammlungen noch am selben Tage zu diesem Rundschreiben Stellung genommen und in Offenbach in einer gemeinsamen Versammlung. Aus diesem Rundschreiben ging klar hervor, daß die Arbeitgeber eine untergeordnete Lohnzulage geben wollten, die den Wünschen des Hilfspersonals nicht entsprach. Die Arbeitgeber haben in den Betrieben folgenden Antrag zur Berücksichtigung gebracht: „Zur Aufklärung die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen unseres Betriebes haben am Freitag ohne Angabe von Gründen gekündigt. Wir halten es für erforderlich, hiermit bekanntzugeben, welche Lohnverhandlungen die Arbeitgeber in den Lohnverhandlungen der vorigen Woche zu bewilligen bereit gewesen sind. Es sollten die ledigen Hilfsarbeiter mit den verheirateten gleichgestellt werden und außerdem der Lohn aller Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen um weitere 5 Proz. erhöht werden. Es bedeutet dieser Vorschlag der Arbeitgeber gegenüber den jetzigen Lohnsätzen der ledigen Hilfsarbeiter eine Erhöhung um 15 Proz. Damit stünde unsere Hilfsarbeiterchaft über den zurzeit gültigen Löhnen der Buchdruckerhilfsarbeiter und somit an der Spitze sämtlicher Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Deutschen Reich. Die Arbeitgeber haben das Reichsarbeitsministerium angerufen, damit diese Stelle einen Schiedsspruch in der Angelegenheit fällt. Die Verhandlungen finden morgen mittags den 18. März 1925 in Berlin statt.“ Folgt Unterstich. Kollege Raab ging des näheren auf diese Bestimmung ein und wies nach, daß gerade das Gegenteil von dem wahr sei, was die Bekanntmachung enthalte. Hätten die Arbeitgeber den Arbeitern und Arbeiterinnen nur entfernt 15 Proz. Lohnverhöhung bewilligt, so wäre es jedenfalls nicht zu dem Konflikt gekommen. Das gebe schon daraus hervor, daß wir uns in schon mit einer allgemeinen Lohnverhöhung von 10 Proz. zufriedig haben können. In den beiden Versammlungen wurde von dem Hilfspersonal

folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. März und am 18. März in Frankfurt und Offenbach statt besuchten Versammlungen der Schriftführerpersonalen nehmen Kenntnis von den Berliner Lohnverhandlungen. Wenn schon die Abbauarbeiten der Arbeiter bei den Hilfspersonalen eine starke Entlastung hervorgerufen haben, so hat das minimale Angebot der Arbeitgeber in bezug auf eine Lohnherabsetzung von 5 Proz. eine weitere Verbitterung unter der Hilfsarbeiterklasse ausgelöst. Es dürfte doch den Herren Arbeitgebern nicht unbekannt sein, daß seit der letzten Lohnherabsetzung im November vorigen Jahres die Indexziffer eine ganz gemächliche Steigerung erfahren hat, daß seit dieser Zeit alle Lebens- und Bedarfsartikel in Preise gewaltig gestiegen sind. Daß seit dieser Zeit auch die Mietpreise und so manchen andere eine Steigerung erfahren haben. Aus diesen Gründen hätte die Hilfsarbeiterklasse die Lohnabbauarbeiten der Arbeitgeber nicht erwartet und es wäre dem Hilfspersonal manche Erregung erspart geblieben. Auf alle Fälle hätten die Versammelten jedoch erwartet, daß die Herren Arbeitgeber in der Lohnfrage ein weit höheres Angebot gemacht und eine Unterfertigung in der Lohnzulage nicht gemacht hätten. Die Versammelten haben die Maßnahmen der Organisationsleitungen begrüßt, daß sie ein derartiges Abkommen nicht eingegangen sind und den Beschluß zur Einreichung der Kündigungserklärungen gefaßt haben. Sie sprechen deshalb der Zentralkommission wie dem Verbandsvorstand ihren Dank aus und verpflichten sich, allen Maßnahmen der Organisation voll und ganz nachzukommen. Von den Herren Arbeitgebern erwarten die Versammelten jedoch, daß sie in letzter Stunde ein weit höheres soziales Verständnis zeigen als bisher und die berechtigten Forderungen der Hilfspersonalen auf eine Lohnherabsetzung von 20 Proz. ihre Zustimmung geben. Sollten die Arbeitgeber hierzu nicht bereit sein, so treffen die Verantwortung einzig und allein die Herren Arbeitgeber, wenn der Konflikt weiter gehen sollte. Die Versammelten sind dann bereit, den Kampf aufzunehmen, den sie auch zu führen wissen werden.“

Im Anschluß an diese beiden Versammlungen fand nun eine weitere am 19. März statt, die auch wieder überfüllt war. Kollege Rath war in der Lage, von der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium zu berichten und gab ein Telegramm bekannt, wonach eine Einigung durch Schiedsgericht erfolgt sei. Nachdem die Zentralkommission und der Verbandsvorstand erfuhr haben, die Kündigungen zurückzunehmen, ist dies nunmehr am 20. März in allen Einzelheiten geschehen. Kollege Rath gab noch einmal einen kurzen Rückblick über die Bewegung und ermahnte die Anwesenden, nunmehr über dieser Bewegung zu lernen. Nur Einmütigkeit und Geschlossenheit haben hier der Kollegenstadt zum Siege verholfen. Dies wird nicht der letzte Kampf sein, rufen wir bei Zeiten zurück, sorgen wir auch weiter dafür, daß die Organisation nicht bröckelt, dann braucht uns auch für die Folge nicht mehr zu sein. Nachdem die Versammelten nach dem Abschluß des Beschlusses, unseren Tarifverhandlungen den Dank für ihr Bemühen auszusprechen, fand die insipiente Versammlung ihr Ende.

Halle. In der am 11. März stattgefundenen Mitgliederversammlung erläuterte der Vorsitzende die neuen Tarifänderungen. In der Diskussion wurde in scharfer Form das minimale Ergebnis der Verhandlungen kritisiert. Angesichts der guten Konjunktur muß das Ergebnis als vollständig ungenügend bezeichnet werden. An Hand von Beispielen wurde nachgewiesen, daß von 10 Lohnstufen nur 4 eine minimale Zulage erhalten haben und die anderen 6 Stufen Lohnabzüge über sich ergehen lassen mußten. Um Steuerrückstände beseitigt werden, einen einheitlichen Lohnabschluß auf der Grundlage des Leipziger Steuerrückstandsarbeiterarbeits herbeizuführen. Zum Verbandstag wurden einige Anträge einstimmig bzw. mit großer Mehrheit angenommen. (Die Veröffentlichung dieser Anträge wird in der „Solidarität“ zusammen mit den Anträgen der anderen Zahlstellen erfolgen, wenn sie fristgemäß beim Verbandsvorstand eingehen. D. Red.) Ferner wurde darauf hingewiesen, daß bei den jetzt stattfindenden Betriebsratwahlen auch weibliche Mitglieder in den Betriebsrat gewählt werden müssen, da die Erfahrung gelehrt hat, daß unsere Kolleginnen von einem Teil der Buchdrucker nicht immer so vertreten wurden wie es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Nachricht der Redaktion. In dieser Mitgliederversammlung ist nach vorstehendem Bericht der „Nachweis“ geführt worden, daß von 10 Lohnstufen 4 eine Erhöhung und 6 eine Herabsetzung erfahren haben. Das stimmt nicht. Von 13 Lohnstufen sind 6 erhöht, 4 gemindert worden, 3 bleiben bestehen. So erheblich (oder unerheblich) wie die Erhöhung war ist auch die Verminderung gewesen. Dabei ist aber zu beachten, daß hauptsächlich bei den verheirateten Hilfsarbeitern von 21 bis 24 Jahren und von 19 bis 21 Jahren der Lohn etwas zurückgenommen wurde. Wir haben aber zahlenmäßig nur wenig verheiratete Kollegen dieser Altersklassen in Deutschland. Sehen wir also von ihnen ab, was bleibt dann noch übrig? Nach der Auffassung in Halle ein „vollständig ungenügendes Ergebnis“. Am 1. März erfolgte eine neue Lohnherabsetzung, so daß der bis dahin geltende Lohn für alle Altersklassen über die Höhe des Vorjahres erhöht wurde. Es wäre gut und durchaus nützlich auch für die Mitglieder in Halle, wenn sie sich bemühen würden, rein gewerkschaftliche und tarifliche Angelegenheiten objektiv und richtig zu würdigen, anstatt sich mit Dingen zu befassen, für die unser Verband kaum oder überhaupt nicht zuständig sein dürfte.

Rundschau.

Ein eigenartiges Doppeljubiläum besteht der Dachdeckerverband. Seit 25 Jahren wird die Anschlussbewegung an die Bauarbeiter betrieben, jetzt sollen die Mitglieder zum 5. Male darüber abstimmen. Der Vorsitzende der Dachdecker Genossenschaft gehört zu den lebhaftesten Befürwortern der Verschmelzung, er hat auch auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress die Resolution Dismann unterstützt und für sie gestimmt. Die Mitglieder aber waren anderer Meinung. Eine Urabstimmung sofort nach dem Kongress ergab trotz reger Propaganda des Vorstandes für den Anschluß an den Bauergewerksbund keine Ablehnung mit großer Mehrheit. Von 13 000 Mitgliedern stimmten nur 3173 für die Verschmelzung. Wie die 5. Abstimmung ausgehen wird, steht noch dahin.

Neue Beitragsfestsetzung bei den Lithographen und Steindruckern. Verbandsvorstand, -auschuss und -beirat haben einem Wunsch der Mehrheit der Mitglieder entsprochen und die Verbandsbeiträge erhöht. Ab 29. März

beträgt der Wochenbeitrag für Vollmitglieder 1,50 Mk. Dem gleichen Tage an erhöhen sich auch die Unterhaltungsbeiträge. Zu den Verbandsbeiträgen kommen noch Lokalbeiträge, die von den Ortsvereinen festgesetzt werden.

Die Rechnung ohne den Witz machte ein amerikanischer Besitzer einer Mine in Mexiko, der den Versuch unternahm, die in den Vereinigten Staaten üblichen Methoden in der Bekämpfung der Arbeiter einzuführen. Er erließ eine Verordnung, wonach kein Arbeiter der Gewerkschaft angehören dürfe und jedes Gewerkschaftsmitglied unmittelbar entlassen werde. Bei diesem Vorhaben hatte er aber vergessen, die mexicanische Verfassung aufmerksam zu studieren, die den Arbeitern das Vereinsrecht garantiert. Die beschäftigten Arbeiter meldeten den Fall den Behörden, die daraufhin auf Grund des Art. 33 der Verfassung den betreffenden Unternehmer als unermünchten Ausländer aus Mexiko ausweisen.

Wählung einer Studienreise nach Rußland. Die Vereinigung der polnischen Gewerkschaften hat die Einladung des Allrussischen Gewerkschaftsrates, eine Delegation zum Studium der wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiter nach Rußland zu entsenden, mit der Begründung abgelehnt, daß sie bei den in Rußland herrschenden politischen Verhältnissen kein Vertrauen habe, daß die Delegation in Rußland Handlungsfreiheit haben werde.

Betriebsräte und Sozialversicherung. Die Betriebsräte haben in der Sozialversicherung nur ein sehr beschränktes Mitwirkungsrecht, das aber trotzdem sehr wichtig ist. In erster Linie hat der Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr in Betrieben zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Unterstützung zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerkschaftlichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken. Beträfflich werden die Unfallverhütungsvorschriften von den Berufsgenossenschaften, die von den Arbeitgebern gebildet werden erlassen. Nach dem Betriebsrätegesetz ist auch bei Unfällen ein vom Betriebsrat bestimmtes Mittel zu den Unfalluntersuchungen hinzuzuziehen. Damit bilden die Betriebsräte ein wichtiges Bindeglied zwischen den Berufsgenossenschaften und den einzelnen Betrieben, dessen Tätigkeit zur Erhaltung eines gesunden Arbeiterkammes der Betriebe sehr viel beitragen kann.

Eine weitere wichtige Aufgabe haben die Betriebsräte auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Wenn nämlich in einem Betriebe eine Betriebskrankenkasse errichtet werden soll, dann ist diese Errichtung abhängig von der Zustimmung des Betriebsrats. Gibt der Betriebsrat seine Zustimmung nicht, so darf die Betriebskrankenkasse auch nicht errichtet werden. Das ist ein sehr weitgehendes Recht, über dessen Tragweite sich die Betriebsräte sehr genau im klaren sein müssen. Ein Betriebsrat, der seine Zustimmung zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse gibt, übernimmt hier eine sehr weitgehende Verantwortung, da ihm mit Recht die Anstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse treffen würden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß die neu errichtete Betriebskrankenkasse nicht leistungsfähig ist und die einzelnen Betriebsmitglieder dadurch in Krankheitsfällen geschädigt werden.

Unserer Klage. In Bochum wurde unlängst eine „Werbewoche“ veranstaltet, die den Stand des Wirtschaftslebens der Industriestadt vor Augen führen sollte. An die Konsumgenossenschaften dachten die Veranstalter nicht; vielleicht wollten sie auch nichts von ihnen wissen. Die „Verseffenen“ mußten sich jedoch zu helfen. Der Konsumverein „Wohlfahrt“ betätigte sich kurzerhand mit seinem Fuhrpark am Festzug und quitierte die gegen ihn geübte Rücksichtslosigkeit mit einem großen Transparent des letzten Wagens, das vom Publikum mit verständnisvollem Lächeln begrüßt wurde: „Sind wir auch nicht eingeladen, uns macht es weiter keinen Schaden.“ Ueber 20 Verkehrswagen, zum Teil mit Anhänger, und Pferdegespanne nahmen an dem Umzuge teil. Voran fuhr ein Personentransport; stämmige Knaben hielten ein Transparent mit der Aufschrift: „Die Wohlfahrt kommt im Arbeitsleid, zum Dienst am Volke stets bereit.“ Die Fahrgesetze waren ganz einfach mit Fähnchen und Inschriften geschmückt und mit Transparenten versehen, die auf alle Zweige der Genossenschaftsbewegung, vor allem auch auf die Großhandels- und Kleinhandelsbewegung, hinwiesen. Die schlichte Demonstration machte gemächlichen Eindruck und weckte Anerkennung, freudige Kräfte bei der Zuschauermenge. So ward die Bochumer Werbewoche zu einer Werbewoche für die Genossenschaft.

Kein Geld für Lohnherabsetzungen. Vor einigen Tagen hielt der große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Sitzung ab, in der festgestellt wurde, daß die Industrie in Rücksicht auf die Preise eine Lohnherabsetzung nicht mehr rechtfertigen könne.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß wir nicht den Eindruck haben, daß der finanzielle Status unserer Industrie so schlecht sei, wie man das in der Öffentlichkeit darzustellen beliebt. Es werden heute in Deutschland so hohe Industrieerträge ausgeschüttet wie in keinem anderen Lande, ohne daß die stillen Heerden, die in den Goldbilanzen zur Durchführung einer künstlich hohen Dividendenpolitik vorgesehen waren, aufgelöst zu werden brauchen. Außerdem zeigt die Industrie durch weitere Aufkäufe (Fusionen und Konzentrationen), daß sie über recht bedeutende Mittel verfügt. Wir erinnern nur an die Aufkäufe durch die Stinnes-Ribbedt-A.G. die neuen Stinneschen Gruppierungen, die die Eisenerze Meißner- und Kupfer-A.G. und an den Aufkauf der Zeche Emfinger Lippe für rund 20 Millionen Mark durch die Rhönig-Gesellschaft.

Wir könnten ähnliche Fälle genügend aufführen, denn jeder Tag bringt Nachrichten darüber, daß die Kapitalienumschuldung und Lebensgenossenschaft der Regierung der Großindustrie gut bekommen ist. Sie schwimmt in Geld. Aber wenn es heißt, die Löhne nur einigermaßen der Teuerung anzupassen, will sie dem Arbeiter vormachen, daß kein Geld vorhanden ist.

Ferienorte für Arbeiter. Der Pressebericht des IGB stellt mit bei unseren Bestrebungen zugunsten der Arbeiterbildung und Ferienreisen haben wir auch in Betracht gezogen, daß die Hotelpreise im Auslande bei höherem Aufenthalt für Arbeiter im allgemeinen viel zu hoch sind. Wir möchten deshalb die Aufmerksamkeit der bei uns angeschlossenen Gewerkschaften oder von Reisevereinen der organisierten Arbeiter darauf lenken, daß nun die Gelegenheit besteht zu anständigen Preisen in einem der schönsten Teile der Schweiz, nämlich im Tessin Aufenthalt zu nehmen.

Dr. Mensch in Bern, der sich auch mit uns ins Einvernehmen geeinigt hat, hat in Tessere bei Luano ein Hotel eröffnet (Hotel Beau Séjour), das für Mitglieder von Arbeiterorganisationen laut vertraglicher Vereinbarung Spezialtarif gewährt.

Das Hotel besitzt modernen Komfort, wie Bäder, Zentralheizung, elektrisches Licht, wie auch eine große abgeschlossene Veranda, offene Terrassen, Garten usw., sorgfältig gepflegte Küche, auf Wunsch Diätisch.

Handelt es sich um Gäste, die ärztliche Aufsicht nötig haben, wird diese gern gewährt.

Betreten und unabhängig vom Hotel führt der Inhaber desselben ein physikalisch-therapeutisches Institut (Kohlensäure-, Sauerstoff-, Fischlebens-, Schwefel-, Sole- und elektrische Bäder, galvanische Elektro- und Heliotherapie sowie Massage), wie auch ein chemisch-medizinisches Laboratorium, von welchen die Hotelgäste zu Vorzugspreisen profitieren können.

Natürlich werden keine Schwermranke, Tubertulose usw. aufgenommen, sondern vor allem Personen, die Ruhe benötigen oder ihre Ferien in einer schönen ruhigen Gegend zu verbringen wünschen.

Literatur.

„Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Geschichtslehre. Urania-Verlagsgesellschaft m. B. G. Jena. Mit Ausgabe des 6. Monatsheftes, einer außerordentlich reichhaltigen Jubiläumsummer, besteht das neue proletarische Bildungsunternehmen nunmehr ein halbes Jahr. Die Auflage ist 10 000, ein Preis, der sich bei Urania, wie eingeleitet, bei Ausgabe A mit proletarischer Buchausgabe 1,25 Mk., Ausgabe B mit gebundener Ausgabe 1,50 Mk., Ausgabe C 2,00 Mk. belaufen.

„Frankfurt“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Geschichtslehre. Urania-Verlagsgesellschaft m. B. G. Jena. Mit Ausgabe des 6. Monatsheftes, einer außerordentlich reichhaltigen Jubiläumsummer, besteht das neue proletarische Bildungsunternehmen nunmehr ein halbes Jahr. Die Auflage ist 10 000, ein Preis, der sich bei Urania, wie eingeleitet, bei Ausgabe A mit proletarischer Buchausgabe 1,25 Mk., Ausgabe B mit gebundener Ausgabe 1,50 Mk., Ausgabe C 2,00 Mk. belaufen.

„Frankfurt“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Geschichtslehre. Urania-Verlagsgesellschaft m. B. G. Jena. Mit Ausgabe des 6. Monatsheftes, einer außerordentlich reichhaltigen Jubiläumsummer, besteht das neue proletarische Bildungsunternehmen nunmehr ein halbes Jahr. Die Auflage ist 10 000, ein Preis, der sich bei Urania, wie eingeleitet, bei Ausgabe A mit proletarischer Buchausgabe 1,25 Mk., Ausgabe B mit gebundener Ausgabe 1,50 Mk., Ausgabe C 2,00 Mk. belaufen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Das 1. Quartal endet am 28. März mit der 13. Beitragswoche. An diesem Tage ist das 1. Quartal abzuschließen und mit der Gausleistung zu verrechnen. Für die Woche vom 29. März bis 4. April 1925 ist die Beitragermarke in das mit 14 beschaltete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Verbandsvorstand.

Berlin.
Zur Feier der 100jährigen Wiederkehr des Geburtstages von
Ferdinand Lassalle
am Freitag, den 10. April, vorm. 11 Uhr, im „Großen Schauspielhaus“, Karlstraße, sind Eintrittskarten zum Preise von 1.— Mk. im Bureau zu haben.

Zahlsteile Leipzig.
Am Mittwoch, den 1. April 1925 nach GeschäftsSchluß
Mitgliederversammlung
im großen Saale der „Grünen Schenke“, L.-Anger, Breite Straße.
Tagesordnung:
1. Beratung der Anträge zum Verbandstag.
2. Verlesenes.
Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert, daß alle Mitglieder erscheinen, um mitzuwirken an dem Ausbau unserer Organisation. Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Die Gausleistung.

Dresden Montag, den 30. März 1925,
abends 7/8 Uhr:
Mitgliederversammlung
im „Volkshaus“, Saal 1, Eingang Schützenplatz 20.
Tagesordnung:
1. Vortrag: „Gewerkschaften in gewerblichen Betrieben im besonderen für Arbeiterinnen.“ Vortragende: Fraulein Dr. Frieger, Gewerbedärztin.
2. Beratung und Beschlußfassung über Anträge zum Verbandstag.
3. Gewerkschaftliches.
Werte Kollegen und Kolleginnen! Zu dieser Versammlung ist ein zahlreiches Erscheinen, namentlich der weiblichen Mitglieder, besonders notwendig.
Die Ortsverwaltung. Franz Herrmann
Unseren lieben Kollegin Ida Danwaller zu ihrem 25jährigen Tätigkeitsjubiläum (bei der Firma Rittenbach u. Sohn, am 26. März) die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlsteile Chemnitz.
Unseren lieben Mitglieder Frieda Köstlin und Minin Eißert in Sa. W. G. Korn die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlsteile Breslau.
Berichterstatter für Redaktion: A. Schulz. Charlottenburg, Westendstraße 18. Fernspr.: Amt Dresden 1828. - Verlag: F. Schödel, Charlottenburg. - Druck: Friedrichs-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Waul Singer u. Co., Berlin SW. 68.